Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 6 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teil 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigenannahmestellen: alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 54 — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 3 März 1928

Märzstürme?

Mussolinis Donnerkeil. — Ruf nach dem Kerkermeister. Auflösungsstimmung.

Müssen wir uns wieder auf ein paar kleine Unwetterchen in Europa vorbereiten? Auf mehr oder weniger sanfte Frühlingsgewitter, ohne die in der Natur der Übergang von der Winter- zur Sommerzeit nun einmal nicht denkbar erscheint.

Herr Mussolini zwar hält mit dem Donnerkeil noch zurück. Schon duckte man sich in Wien mit allen Zeichen banger Erwartung, als es hieß, der Duce hätte seinen diplomatischen Vertreter von der Donau zurückberufen, weil die österreichische Volksvertretung es wieder einmal gewagt hatte, ihre Stimme gegen die Unterdrückung der deutschen Stammesbrüder im schönen Südtirol zu erheben. Und die Leute, deren Hauptberuf darin besteht, das Gras wachsen zu hören, wollten schon ganz genau wissen, was der italienische Diktator zu dieser frevelhaften Einmischung in eine angeblich ausschließlich italienische Angelegenheit am nächsten Tage in der Kammer sagen werde. Mussolini aber ist ruhig geblieben, hat nicht einmal mit der Wimper gezuckt, und es bleibt abzuwarten, ob er das Versäumte nun noch in der nächsten Woche, wie jetzt behauptet wird, nachholen will. Immerhin, dieses Gewitter hat sich einstweilen nicht entladen und wird vielleicht vorüberziehen; wie man ja auch von den vorher angemeldeten Revolutionen zu sagen liebt, daß sie nicht stattzufinden pflegen.

*

Bleibt dagegen der schier unheimliche Krach um Ungarn, der seit Tagen und Wochen die Welt erfüllt. Möglich, daß man sich um die Behandlung der italienischen Waffensendung nach oder durch Ungarn durch die Budapester Regierung nicht so furchtbar aufgeregt hätte, wenn nicht wieder eine der üblichen Vierteljahrestagungen des Völkerbundrates unmittelbar bevorstünde. Mit dieser ist aber eine wunderschöne Gelegenheit gegeben, einmal die Probe aufs Exempel zu machen. Denn siehe da: hier ist einer der besiegten Staaten bei einer Übertretung des ihm aufgebrummten Friedensvertrages ertappt worden — muß da nicht der Völkerbund ungesäumt nach dem Rechten sehen, ihm ein paar interalliierte Offiziere auf den Hals schicken und die unbotmäßige Regierung unter das Joch seiner obersten Aufpassergewalt beugen? Daß die Staaten der Kleinen Entente, also die unmittelbaren „Freunde" in der Nachbarschaft des lebensunfähig gemachten Ungarlandes, aus vollem Halse nach dem Genfer Kerkermeister rufen, ist gewiß nicht verwunderlich. Hier könnte, wenn der Völkerbund nicht Maß zu halten versteht, wirklich in der alten Gefahrenecke an und auf dem Balkan wieder einmal ein Feuerchen entstehen, das auszulöschen allerhand Anstrengungen kosten würde.

*

Inzwischen ist der Reichstag wieder zusammengetreten, um sein Osterprogramm im Sturmschritt zu erledigen. Aber wird alles so glatt gehen, wie es nötig wäre, wenn wirklich in kurzen vier Wochen das ganze Notprogramm aufgearbeitet werden soll? Es sei nur auf die Frage der Reform der Ehescheidung hingewiesen, mit der der Rechtsausschuß des Reichstages nun schon seit Monaten befaßt ist und die auf unabsehbare Zeit liegenbleiben würde, wenn sie nicht jetzt in dem Schlußrennen bis zur Reichstagsauflösung noch rasch mit fortgenommen würde. Aber auch hier scheiden sich die Geister innerhalb und außerhalb der kirchlichen Strömungen. Das Zentrum insbesondere will unter keinen Umständen eine Lockerung der Ehefesseln zulassen, auch nicht in der vorsichtigen Form, die bei den Ausschußberatungen schließlich die Zustimmung des gewissenhaften, durchaus kirchlich gesinnten Professors Dr. Kahl gefunden hat.

Man wird sich wohl schließlich davon überzeugen müssen, daß in der Auflösungsstimmung, in der die Parteien sich nun leider schon befinden, so tiefgehende und alle empfindlichen Seelen bis auf den Grund aufrührende Probleme lieber unangetastet bleiben.

Dr. Sy.

Attentat im Reichsentschädigungsamt.

Ein Besuch beim Vizepräsidenten.

Berlin, 2. März. Ein schweres Attentat, dem nur durch einen Glücksfall niemand zum Opfer gefallen ist, wurde heute von einem ehemaligen Farmer aus Deutsch-Ostafrika im Reichsentschädigungsamt in der Rheinstraße 45/46 zu Friedenau verübt. Der Täter, der jetzige Kaufmann Heinrich Langkopp, der jetzt in Lauenstein bei Hannover wohnt, erschien heute morgen gegen 10 Uhr im Zimmer des Vizepräsidenten des Reichsentschädigungsamtes Dr. Bach. Er hatte einen Augenblick abgepaßt, in dem das Vorzimmer leer war, um ohne Anmeldung unbemerkt einzutreten. Er forderte ohne weiteres die sofortige Auszahlung einer Entschädigung in Höhe von 120 000 M., widrigenfalls er einen Koffer mit Sprengpulver zur Explosion bringen werde. Damit stellte er einen Aluminiumtropenkoffer auf den Schreibtisch, aus dem zwei Zündschnüre heraushingen, die der Attentäter um die Finger der linken Hand gewickelt hatte.

Vizepräsident Dr. Bach versuchte auf gütlichem Wege zu unterhandeln, da er hoffte, daß inzwischen einer der Beamten das Zimmer betreten werde. Da aber zufällig niemand erschien, saßen sich der Präsident und Langkopp länger als drei Stunden gegenüber. Dr. Bach mußte sich schließlich dazu verstehen, Langkopp eine Zahlungsanweisung über 12 000 Mark und einen Scheck über 90 000 Mark auszuschreiben. Langkopp rief darauf, ohne den gefährlichen Koffer aus der Hand zu lassen, einen Bekannten durch den Fernsprecher herbei, der ebenfalls unbemerkt eintrat und den Scheck in Empfang nahm. Er bemühte sich dann eine Stunde lang, den Scheck von einer Bank honoriert zu bekommen, hatte aber keinen Erfolg, da der Scheck nicht ordnungsgemäß ausgeschrieben war. Als jetzt Präsident Dr. Bach erklärte, er wolle bei der Kasse des Amtes Geld holen, und das Zimmer zu verlassen suchte, gab Langkopp fünf Schüsse aus einem Browning ab. Keiner der Schüsse hatte getroffen, da Langkopp absichtlich nach der Decke gezielt hatte. Gleichzeitig hatte er den Koffer fallen lassen und es gab einen kurzen Knall. Durch einen Zufall war die Sprengladung nicht zur Explosion gekommen. Auf die Schüsse hin liefen Beamte aus den anderen Zimmern herbei, die Langkopp überwältigten und dem Ueberfallkommando übergaben.

Schutz für Deutschlands Grenzen

Gröner für Panzerkreuzerbau.

Sicherung unserer Neutralität.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die Auseinandersetzung über die Forderungen des Reichshaushalts für die Marine fortgesetzt, nachdem der Reichswehrminister vorher außerhalb der Tagesordnung eine Erklärung zu der Phöbusangelegenheit abgegeben hatte. Zur Frage des Panzerkreuzerbaues betonte Reichswehrminister Gröner, die leichten Seestreitkräfte brauchten einen Rückhalt an Kampfschiffen, sonst sei die Seekriegführung nichts anderes als eine Flucht in den schützenden Hafen, aus dem sie dann nicht mehr herauskommen würde. Ein Blick auf die Karte beweise die Wichtigkeit der freien Ostsee und ihre leichte Gefährdung.

Die Aufgaben unserer Flotte seien: 1. der Schutz der Küsten; 2. die Sicherung für uns lebenswichtiger Verbindungen über die Ostsee; 3. das Offenhalten der Ostseehäfen Königsberg, Stettin, Lübeck und Kiel; 4. die Sicherung unserer Verbindungen mit Ostpreußen; 5. die Sicherung unserer Neutralität. Der Einwand, man könne Ostpreußen besser auf wirtschaftlichem Gebiete helfen, sei nicht stichhaltig; denn wirtschaftliche Maßnahmen allein könnten die Gefahr nicht beseitigen, die durch kriegerische Verwicklung drohen, ohne daß wir daran aktiv beteiligt seien. Zum Schutze Ostpreußens sei das Zusammenwirken von Landheer und Marine erforderlich. Ostpreußen werde auf den Schutz seiner Seeverbindungen nicht verzichten können und wollen.

Die schwierige finanzielle Lage dürfe Notwendiges nicht verhindern. Wir dürften uns freiwillig nicht noch mehr entwaffnen, als wir dazu gezwungen seien. Wenn das Panzerschiff jetzt nicht gebaut werde, dann würden wir zu sehr erheblichen unproduktiven Ausgaben in den nächsten Jahren gezwungen sein. Jedes Jahr der Verzögerung steigere diese Kosten. Alle Gründe militärischer, politischer und wirtschaftlicher Art forderten den Bau. Der Minister bat zum Schluß dringend um die Genehmigung des Panzerschiffes.

In der Aussprache begründeten der Sozialdemokrat Eggerstedt und der Demokrat Dr. Haas die ablehnende Haltung ihrer Fraktionen gegenüber dem Neubau des Panzerschiffes. Der Volksparteiler Brüninghaus und der Zentrumsabgeordnete Dr. Wegmann befürworteten den Neubau. Der preußische Ministerialdirektor Dr. Brecht begründete den Streichungsantrag des Reichsrats mit finanziellen Erwägungen. Heute sei noch nicht ersichtlich, wie 1929 ein Defizit von mehreren hundert Millionen verhindert werden könne. Man solle die Frage des Schiffbauprogramms erst später entscheiden. Der Deutschnationale Treviranus bekannte sich als Verfechter der Idee des abwehrkräftigen, bewaffneten Panzerschiffes.

*

Reichsregierung zur Phöbusaffäre.

Weiter hatte Reichswehrminister Gröner im Namen der Reichsregierung zu der vielbesprochenen Angelegenheit des Phöbusfilms und der Beteiligung der Reichsstellen daran erklärt, der Haushaltsausschuß habe Donnerstag beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, den Bericht über das bisherige Ergebnis der Untersuchung des Staatsministers Sämisch dem Ausschuß sofort vorzulegen. Die Reichsregierung habe sich sofort mit der Sache befaßt.

Die Berichterstattung des Staatsministers Sämisch sei vom Reichskanzler, der ihn zu seinem persönlichen Kommissar bestimmt hatte, eingefordert worden und sei auch ihm gegenüber erfolgt. Bei der politischen Bedeutung der Angelegenheit lege der Reichskanzler besonderen Wert darauf, daß ihre parlamentarische Erledigung auch weiterhin im engsten Einvernehmen mit ihm persönlich erfolge. Mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Gesundheitszustand des Reichskanzlers bitte die Reichsregierung, wegen der erforderlichen Fühlungnahme mit dem Reichskanzler die Beratung der Angelegenheit im Ausschuß für einige Tage zurückzustellen und inzwischen in der Beratung des Marineetats fortzufahren.

Er selbst, der Reichswehrminister, betonte noch infolge verschiedener Angriffe wegen seiner persönlichen Stellungnahme zu der Phöbussache folgendes:

1. Ich mißbillige die Transaktion des Kapitäns Lohmann auf das schärfste und muß der Kritik des Abgeordneten Heinig in vielen Punkten durchaus recht geben.

2. Ich bin entschlossen, mit allen derartigen illegalen Unternehmungen gründlich aufzuräumen.

3. Ich werde Vorsorge treffen, daß derartige Vorkommnisse sich nicht wiederholen können.

Gröner fuhr fort: Was den Vorwurf betrifft, ich ließe mich einwickeln und hinters Licht führen, so wird die Zukunft das Unberechtigte dieser Vorwürfe erweisen. Allerdings verspreche ich mir nichts von Pressekampagnen und Versammlungsreden. Ich bin kein Freund von starken Worten, sondern pflege zu handeln. Kritisieren Sie später diese Handlung. Bis dahin darf ich aber wohl eine gewisse Zurückhaltung in vorschneller Kritik erwarten.

Mit Rücksicht auf die Erklärungen des Ministers wird die Besprechung auf einige Tage zurückgestellt.

Hilfe für den Westen.

Ein westliches Grenzprogramm gefordert.

Der Verkehrsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit dem Ergebnis der Besichtigungsreise in das Aachener Wirtschaftsgebiet. Vom Zentrum wurde erklärt, die Eindrücke, die man durch die persönliche Anschauung gewonnen habe, seien eher schlimmer, als sie in der schriftlichen Darstellung gekennzeichnet worden seien. Die Verkehrs- sowohl als die Wirtschaftsverhältnisse liegen so stark danieder, daß auf den verschiedensten Gebieten alsbaldige Hilfe angezeigt sei, wenn das ganze Wurmgebiet nicht restlos verfallen soll. Die Redner aller anderen Parteien stimmten dieser Auffassung zu. Es wurde die Aufstellung und baldige Durchführung eines sogenannten westlichen Grenzprogramms angezeigt und vom Zentrum nachstehender Antrag eingebracht, dem auch alle anderen Parteien beigetreten sind und der somit einstimmig angenommen wurde:

Die Reichsregierung wird ersucht, mit Beschleunigung ausreichende Maßnahmen zu ergreifen, um die daniederliegenden Wirtschaftsbezirke in den westlichen Grenzgebieten zu fördern. Hierbei ist in erster Linie auf eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und auf eine sofortige Senkung der Eisenbahntarife für Massengüter bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft hinzuwirken. Dem Reichstag bzw. dem zuständigen Ausschuß ist alsbald von den durch die Regierung zu ergreifenden Maßnahmen und über die mit der Reichsbahnhauptverwaltung gepflogenen Verhandlungen Kenntnis zu geben.

Gleichzeitig wurde für das Aachener Wirtschaftsgebiet mit Unterstützung aller Parteien von den Abgg. Reyses (Ztr.) und Sollmann (Soz.) eine Entschließung zur Annahme gebracht, welche die Reichsregierung ersucht, mit größter Beschleunigung Vorschläge zur Hebung des Wirtschaftslebens im Aachener Grenzgebiet vorzulegen, insbesondere sofort mit der Reichsbahn in Verbindung zu treten zwecks Herbeiführung solcher Eisenbahnfrachttarife, die das Fortbestehen der Aachener Industrie gewährleisten.

Aman Ullah in Dresden.

Festlicher Empfang.

Dresden empfing wieder einmal Königsbesuch. König Aman Ullah von Afghanistan, die erste Majestät dieses fernen asiatischen Landes, hielt seinen Einzug in die sächsische Landeshauptstadt. Ohne jegliches großes Gepränge — das war auf den durchaus verständlichen Wunsch des Gastes unterblieben, der ja nicht nach Deutschland gekommen ist, um eine Fülle von Festlichkeiten zu erleben, der vielmehr ernste Studienabsichten durchführen, Stätten deutscher Arbeit und deutscher Forschung besuchen will. Aus dieser Absicht heraus ist der afghanische Herrscher auch nach Dresden gekommen.

Ungewöhnliches Leben zeigte sich in der achten Abendstunde in der inneren Stadt, vor allem in der Prager Straße. Der weite Platz vor dem Hauptbahnhof war das Ziel der Wanderung Tausender — hier erwartete eine dichtgedrängte Menschenmenge die Ankunft des Königs. Aber auch in der Bahnhofshalle und auf den Bahnsteigen sammelten sich viele Schaulustige.